

Pressemitteilung

16. Januar 2025

Kreis Steinfurt: 2035 werden 118.400 Menschen im Rentenalter sein **Wer im Kreis Steinfurt für den Bundestag kandidiert, dem sollen Beschäftigte auf den „Renten-Zahn“ fühlen**

Der Kreis Steinfurt kommt in die Jahre: Heute leben rund 90.000 Menschen im Kreis Steinfurt, die im Rentenalter sind. Ihre Zahl wird in fünf Jahren bereits bei rund 98.700 liegen. Und 2035 werden rund 118.400 Menschen der „Generation Ü67“ angehören – ein „Senioren-Plus“ von 32 Prozent gegenüber heute. Das geht aus einer „Ruhestands-Prognose“ hervor, die das Pestel-Institut im Auftrag der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) gemacht hat.

Die NGG Münsterland warnt jetzt vor zu niedrigen Renten. Es gehe darum, ein „Abrutschen der Rente“ zu verhindern: „Wer im Alter genug Geld zum Leben haben will, muss sich am 23. Februar darum kümmern. Denn wie hoch die gesetzliche Rente sein wird, das kann jeder mitentscheiden – und zwar per Kreuz in der Wahlkabine bei der Bundestagswahl. Und die Rente ist für alle wichtig – für Jung und Alt: für den Azubi in der Gastronomie genauso wie für den Altgesellen in der Bäckerei oder für den Lagerarbeiter in der Lebensmittelproduktion“, sagt Helge Adolphi.

Der Geschäftsführer der NGG Münsterland richtet deshalb einen „Renten-Appell“ an die Beschäftigten im Kreis Steinfurt. Sie sollen den Wahlkampf nutzen, um den Parteien auf den „Renten-Zahn“ zu fühlen: „Wer im Kreis Steinfurt für den Bundestag kandidiert, muss Farbe bekennen. Die entscheidende Frage beim Straßenwahlkampf im Kreis Steinfurt ist: Wie hoch wollen die Bundestagskandidaten die Rentenlatte legen?“

Denn der neue Bundestag und die Bundesregierung müssten dringend eine Rentenreform anpacken. „Der wichtigste Punkt dabei ist das Rentenniveau: Je höher es ist, desto mehr Geld haben die Senioren im Portemonnaie. Da geht es um jeden Prozentpunkt – auch hinterm Komma“, so Helge Adolphi. Hier müsse es eine Haltelinie nach unten geben: „Unter 48 Prozent darf das Rentenniveau nicht sacken. Sonst rutschen nämlich noch mehr Menschen in die Altersarmut“, sagt der Gewerkschafter. Die NGG Münsterland fordert, dass das Rentenniveau zukünftig auch wieder auf 50 Prozent und höher steigen muss.

Neben diesem „Prozent-Check“ zur Rentenhöhe gehe es auch darum, die Positionen der Parteien zum geplanten Renteneintrittsalter abzuklopfen: „Ab wann sollen die Menschen ohne Abschläge in Rente gehen können? – Genau diese Frage sollten die Beschäftigten den Bundestagskandidaten im Kreis Steinfurt ebenfalls stellen – und zwar bei jeder Gelegenheit, die sich bis zur Bundestagswahl bietet“, fordert Helge Adolphi.

Parteien, die versuchten, das Renteneintrittsalter nach oben zu schrauben, machten eine „Weit-weg-Politik vom Arbeitsleben der Menschen“. Schon die Rente mit 67 sei für viele jetzt unerreichbar. „Vom Koch bis zum Produktionshelfer, der Tag für Tag in der Lebensmittelindustrie am Band steht: Viele, die dauerhaft anstrengende Arbeit leisten, sind oft schon viel früher am Ende“, so Helge Adolphs.

Außerdem fordert die NGG Münsterland einen „Rententopf für alle“: „Von der Rechtsanwältin bis zum Lebensmitteltechniker, von der Köchin, Kellnerin und Konditorin bis zum Arzt, Apotheker und Architekten – für alle muss es künftig eine Rentenkasse geben“, sagt NGG-Geschäftsführer Adolphs. Wichtig sei darüber hinaus, die Rente „finanziell auf solide Füße zu stellen“. Einer Aktienrente erteilt die NGG Münsterland damit eine klare Absage: „Die gesetzliche Rente mit ihren Beiträgen, für die Beschäftigte hart gearbeitet haben, hat an der Börse nichts zu suchen. Sie darf nicht – in Aktienpakete verpackt – gehandelt werden“, so Adolphs. Auch das von CDU/CSU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz im Wahlkampf jetzt geforderte staatliche Aktien-Depot für Kinder sei nichts anderes als „der Beginn eines schleichenden Ausstiegs aus der gesetzlichen Rentenversicherung“.

Entscheidend für eine Rente, die zum Leben reicht, sei vor allem aber auch ein guter Lohn. Wer heute zum Mindestlohn arbeite, rutsche im Alter „schnurstracks in die Armut“. Aktuell gibt es nach Berechnungen, die das Pestel-Institut für die NGG gemacht hat, rund 45.500 Jobs im Kreis Steinfurt, in denen die Menschen weniger als 15 Euro pro Stunde verdienen.

„So ein Niedriglohn ist nichts anderes als eine Armutsfalle fürs Alter“, sagt Adolphs. Ziel müsse es sein, mehr Jobs zu haben, in denen der Tariflohn gezahlt werde. Auch darum gehe es bei der Bundestagswahl. „Das Stichwort heißt: Bundestariftreuegesetz. Auch darauf warten viele Niedriglohn-Beschäftigte im Kreis Steinfurt“, sagt Helge Adolphs. Es gehe immerhin darum, dass bei öffentlichen Aufträgen künftig konsequent der Tariflohn gezahlt werde.



Bildunterzeile

Eine Rente, bei der nichts abplatzt: Die Rente braucht eine Reform – einen frischen Anstrich. Und der muss vor allem beim Rentenniveau glänzen: „50 plus X“ Prozent, fordert die NGG Münsterland. Die Gewerkschaft appelliert deshalb an die Beschäftigten im Kreis Steinfurt, den Bundestagskandidaten im Wahlkampf „intensiv auf den ‚Renten-Zahn‘ zu fühlen“.

*Fotomontage (alle Rechte frei):
NGG | Nils Hillebrand*